



Live TV

[Aktuell](#) ▾ [Analyse](#) [Meinung](#) [Umfrage](#) [Videos](#) ▾ [Leserpost](#) [Journalisten](#)

Schweiz



Österreich



De

[Hauptseite](#) / [Deutschland](#)

1,2 Milliarden extra: Besoldung deutscher Beamter steigt rückwirkend für fünf Jahre

27 Okt. 2025 21:22 Uhr



Laut Medienberichten bereitet die Bundesregierung eine Erhöhung der Beamtenbesoldung vor. Diese soll teilweise rückwirkend gelten und den Steuerzahler 1,2 Milliarden Euro kosten.



Quelle: Gettyimages.ru © Heiko Küverling

Symbolbild

Auf den Bundeshaushalt in Deutschland kommen neue Belastungen zu:

Diese Webseite verwendet Cookies. Klicken Sie [hier](#), um mehr zu erfahren

[Cookies zulassen](#)

Newsletter abonnieren

Schnell und
zuverlässig zu den
Nachrichten von
RT DE:

E-mail

Ich akzeptiere die
[Datenschutzerklärung](#)

Wir bieten Ihnen die
Möglichkeit, täglich
per E-Mail RT-News-
Highlights zu erhalten.

LIVE

RT DE Live-TV

Eklat bei
Debanking-
Debatte: AfD
erhält
Ordnungsruf
wegen "Pfui"



Wie die *Wirtschaftswoche* am Montag berichtet, will die Bundesregierung nächste Woche einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg bringen. Die Gehaltserhöhung soll außerdem rückwirkend für die letzten fünf Jahre gelten, was den Steuerzahler schätzungsweise 1,2 Milliarden Euro kosten wird.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Mai 2020 die Bundesregierung verpflichtet, die Beamtenbesoldung neu zu regeln. Nach Auffassung der Karlsruher Richter entlohnt der Staat die Beamten nicht ausreichend – vor allem im einfachen Dienst sei der Abstand zur Grundsicherung zu gering. Zudem seien die Kinderzuschläge zu gering, hieß es damals.



Analyse

Waffen und Geld in Hülle und Fülle für einen Krieg gegen Russland, der nicht zu gewinnen ist

Nach derzeitigem Stand startet das Grundgehalt in der niedrigsten Besoldungsgruppe A3 bei 2.706,99 Euro und steigt mit fortschreitendem Dienstalter auf 3.046,42 Euro an. In der höchsten Besoldungsgruppe B11 beträgt das Grundgehalt 16.084,34 Euro. Verheiratete Beamte erhalten einen monatlichen Familienzuschlag von bis zu 317,66 Euro bei einem und 464,02 Euro bei zwei Kindern. Für das dritte und jedes weitere Kind erhält der Beamte monatlich zusätzlich 456,06 Euro pro Kind.

Hinzu kommen verschiedene Zuschläge und Zulagen. Beamte sind zudem von Beiträgen zur Sozialversicherung befreit: Statt Rente erhalten sie Pension, für die der Staat sorgt, entsprechend zahlen die Beamten auch keine Beiträge. Die Kosten für die medizinische Versorgung trägt der Dienstherr zur Hälfte, über die andere Hälfte schließen Beamte speziell für sie entworfene private Krankenversicherungspolicen ab.

Das Bundesverfassungsgericht befand in seinem Beschluss vom 4. Mai 2020, der sich auf die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten bezog, dass ein Jahresbrutto von 91.000 Euro im Jahr 2015 (entspricht bei Beamten einem Jahresnetto von 74,5 Tausend Euro) bei vier Kindern nicht mehr dem "Abstandsgebot" entspricht. Die Zulage pro Kind hätte nach Auffassung der Bundesverfassungsrichter rund 500,00 Euro monatlich betragen müssen.

Mehr zum Thema – Brandbrief der Berliner Gewerbeaufsicht: "Faktisch keine funktionierende Überwachung mehr"

Top-Artikel

Liveticker Ukraine-Krieg: Russische Luftabwehr zerstört in der Nacht 64 gegnerische Drohnen

Aktualisiert vor weniger als 1 Stunde

Bei Fluchtversuch auf russische Seite: Ukrainische Truppen töten orthodoxen Priester und Familie

Aktualisiert vor 10 Stunden

Junge Ukrainer sollen "Dienst in ihrem Land versehen" – Merz will Bürgergeld streichen

Aktualisiert vor 20 Stunden

Neue **deutsche Gotteskrieger – EKD stellt Orwellsche Friedensdenkschrift vor**

Aktualisiert gestern

Masochistische **Auftritte der Opposition – Lohnt sich noch der Besuch im Tribunal-Fernsehen?**

Aktualisiert gestern

Was für ein Montag! – Mysteriöses Flugobjekt überrascht Moskauer zu B...



Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.



twitter
Folge **uns auf Twitter**

Ampelkoalition	Arbeitsbedingungen	Beamte	Bundesregierung
CDU	CSU	Deutschland	Gehalt
Haushalt	News / Nachrichten	Politik in Deutschland	SPD
Verfassung	Verfassungsgericht	Verfassung	

Hinterlassen Sie Ihren

Kommentar



"Schweinezyklus": Kartoffeln vernichten für die Rendite

15 Nov. 2025 07:00 Uhr



Riesige Kartoffelernte für den Müll: Um einen Preissturz zu verhindern, die Renditen großer Händler und verarbeitender Konzerne nicht zu gefährden und ihr eigenes Überleben zu sichern, sind Bauern gezwungen, tonnenweise Knollen in den Müll zu werfen oder an Biogasanlagen zu verhöckern.

Quelle: Gettyimages.ru © U. J. Alexander

Symbolbild

Von Susan Bonath

Mehr als eine Milliarde Menschen leben weltweit in extremer **Armut**. Sie haben nicht nur keinen Zugang zu Bildung und Energie, viele von ihnen leiden Hunger. Derweil **verrotten** auf deutschen Äckern die Kartoffeln – oder landen tonnenweise im Müll oder in den **Biogasanlagen**.

Künstliche Verknappung

Der Grund liegt in der Absurdität des Wirtschaftssystems: Die Ernte war



Millionen Tonnen Knollen mehr, als für die Versorgung in Deutschland nötig wären. Um deshalb die Preise nicht in den Keller purzeln zu lassen – was gut für Verbraucher wäre, aber leider den Profit der großen Konzernketten schmälern würde – nehmen Handel und Industrie große Mengen des Ertrags nicht ab.

Analyse

**Sonnenblumenöl:
Russland erreicht neue
Führungsposition auf
dem Weltmarkt**

Freilich denkt auch keiner nur im Traum daran, lange haltbare Lebensmittel aus den günstigen Kartoffeln herzustellen oder gar Hungernde mit dem produzierten Nahrungsüberfluss zu versorgen. So wird das Ackergold verfeuert, verfault auf den Feldern oder landet im Müll.

Man kennt das selbstgemachte Problem ja schon von den "Butterbergen", den "Milchseen" oder von in Lagern verrottenden Getreidemassen, die zwar Hunger stillen

könnten, aber mangels Kaufkraft die Bedürftigen nie erreichen.

"Schweinezyklus"

Die künstliche Verknappung durch Vernichtung um der Profite willen ist Alltagsgeschäft im Kapitalismus, der auf die Massen keine Rücksicht nimmt. Darunter leiden zuerst die Bauern, die den Preisverfall am ärgsten ausbaden. Denn sie bekommen derzeit für ein Kilo Kartoffeln nur noch sechs bis sieben Cent, wie sie gegenüber Medien berichteten. Die gleichen Knollen liegen bei Rewe, Aldi und Co. nun für 70 Cent bis zu einem Euro pro Kilo aus, heißt es. So lohnt sich das Geschäft zumindest für die Supermärkte.

Im Fachjargon der Markt-"Experten" haben diese bei Nahrungsmitteln kaum vorhersehbaren periodischen Schwankungen der Angebotsmenge und des Preises sogar einen Namen: **Schweinezyklus** nennt man das. In diesem Wahnsinn, wo nur die Rendite des Großkapitals statt der Versorgung der Bevölkerung zählt, bleiben die kleinen und mittelständischen Erzeuger, die auf den Feldern ackern (lassen), zusammen mit den Verbrauchern am Ende stets die Dummen.

Mangelwirtschaft für Rendite

So klagte Bauer Christian Schridde aus Niedersachsen gegenüber dem Axel-Springer-Boulevardblatt *Bild*, er habe 400 Tonnen Kartoffeln, ein Fünftel seiner Ernte, an **Biogasanlagen verkauft**, um überhaupt noch etwas herauszubekommen. Sein Fazit: Nächstes Jahr will er den Anbau halbieren.



Jahr des Mangels und der hohen Preise werden.
Manch ein Landwirt, der bis dahin nicht pleite
gegangen ist, wird wahrscheinlich aufatmen.
Und die Bevölkerung wird wieder stöhnen über
teure Grundnahrungsmittel.

"Bild" wittert

**"Russische Bärlauch-
Mafia"**

Springer ätzt gegen Bauern

Doch das für Hetzkampagnen bekannte Springer-Blatt ließ sich nicht
lumpen und legte nach: Nicht das System sei schuld, in dem die
mächtigeren Handelsgiganten und Großkonzerne um ihrer eigenen
Rendite willen weder auf die Existenz der kleinen Landwirte noch der
Normalbevölkerung irgendeine Rücksicht **nehmen**.

Die Gazette zeigte stattdessen mit dem Finger auf die Bauern, machte
sie zum Buhmann und ätzte: Diese würden "trotzdem Millionen Euro
Steuermittel kassieren." Gemeint ist die EU-Förderung für Landwirte von
insgesamt 48 Millionen Euro pro Jahr. Dass davon für den einzelnen
Kleinbauern bestenfalls ein kaum spürbarer Minibonus herauskommt:
geschenkt.

Klar, laut der allgegenwärtigen marktradikalen Propaganda kann
Deutschland wohl auf Landwirtschaft verzichten, wenn selbige sich
nicht rentiert – selbst wenn das Gros der Bevölkerung sich dann das
Essen nicht mehr leisten könnte. Die superreichen Profiteure könnten für
ihren eigenen Bedarf ja den "Globalen Süden" einfach noch ein bisschen
stärker ausbeuten – Ausbeutung, Hunger und Elend hin oder her.

**Mehr zum Thema – [Bill Gates, der Klimawahn und die neuen
Ernährungsvorschriften – weniger essen und mehr arbeiten](#)**



RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.



Analyse BILD Bauern Deutschland Europa
Globaler Süden Hungersnot Kapitalismus Landwirtschaft
Medienkritik Politik in Deutschland Propaganda Springer Verlag
Susan Bonath

Hinterlassen Sie Ihren

Kommentar

Newsletter abonnieren

Sie erhalten eine E-Mail, in der Sie Ihre Anmeldung bestätigen müssen.

E-mail

Aktuell

Analyse

Meinung

Suche



15.11.25, 10:45

1,2 Milliarden extra: Besoldung deutscher Beamter steigt rückwirkend für fünf Jahre — RT DE

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, täglich per E-Mail RT-News-Highlights zu erhalten.

RTД

RUPTLY

Russia
Beyond

Twitter

Russland
danach

Ausgewandert
nach Russland

Russland
extrem

RT Doku

Impressum

Datenschutzerklärung

Nutzungsbedingungen

Über uns

Nutzungsbedingungen
für die
Kommentarfunktion

In eigener Sache

Journalisten



English

Русский

العربية

Español

Français

Српски

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2025. Alle Rechte vorbehalten

18+

